

# Das Volk will eine aktive Aussenpolitik

55 Prozent der Bevölkerung sind dafür, einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anzustreben



Einmal auch die Schweiz. Der Sicherheitsrat in seinem Saal im New Yorker UNO-Hauptsitz. Foto Keystone

KATRIN HOLENSTEIN, Bern

**Eine Mehrheit der Bevölkerung ist dafür, dass die Schweiz mittelfristig einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebt. Unterstützt wird auch ein stärkeres Engagement der Schweiz bei internationalen Konflikten. Dies zeigt die diesjährige Sicherheitsstudie der ETH Zürich.**

Was in einzelnen Medien und bei der SVP Anfang Woche nach einer Rede von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey zu Aufregungen geführt hat, liegt als Thema seit dem UNO-Beitritt der Schweiz 2002 auf dem Tisch: Früher oder später wird sich auch für die Schweiz die Frage stellen, ob sie sich für einen der nicht-ständigen Sitze im UNO-Sicherheitsrat bewerben soll.

Der UNO-Sicherheitsrat setzt sich zusammen aus fünf ständigen Mitgliedern (USA, Grossbritannien, Frankreich, China und Russland), die ein Vetorecht besitzen, und zehn nicht-ständigen Mitgliedern. Die westeuropäischen Staaten haben jeweils Anrecht auf zwei Sitze, die im Moment von Griechenland und Dänemark besetzt werden. Dass auch die Schweiz eines Tages an die Reihe kommt, liegt auf der Hand, denn alle Westeuropäer, auch die neutralen, waren seit

1946 zumindest zwei Mal im Sicherheitsrat vertreten. Deutschland, die Niederlande und Italien hielten schon fünf Mandate; Spanien, Norwegen und Dänemark deren vier.

**JA ZUR ENGAGIERTEN SCHWEIZ.** In der Schweizer Bevölkerung würde ein solches Engagement unterstützt. Dies zeigt die Studie Sicherheit 2006 der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und der Militärakademie der ETH Zürich. Eine Mehrheit, nämlich 55 Prozent, ist dafür, dass sich die Schweiz um einen solchen Sitz bemüht. Diese Zustimmung sei seit dem UNO-Beitritt praktisch unverändert hoch, sagte Sicherheitsexperte und Studienleiter Karl Haltiner gestern bei der Präsentation.

Ein gleich hoher Prozentsatz der Befragten meint zudem, die Schweiz solle sich «aktiv und an vorderster Front» für die Anliegen der UNO einsetzen und zudem der UNO Friedensgruppen zur Verfügung stellen.

Die Zustimmung zur Beteiligung an UNO-Friedenstruppen könnte mit dem Libanonkrieg allenfalls leicht gesunken sein, meint Karl Haltiner. Die Umfrage in der Bevölkerung habe im Januar dieses Jahres, also vor dem Krieg, stattgefunden.

Unter den möglichen Formen eines UNO-Einsatzes wird von einer Mehrheit der Bevölkerung der friedenssichernde Einsatz bevorzugt, bei dem die Soldaten zum Selbstschutz bewaffnet sind (peace keeping). Praktisch keine Zustimmung finden Einsätze zur Wiederherstellung des Friedens (peace enforcement). 60 Prozent der Befragten sind im Übrigen dafür, dass statt 220 neu 500 freiwillige Soldaten ins Ausland geschickt werden können.

Aus den Umfrageresultaten kommt indes klar heraus, dass solche Auslandseinsätze für die einzelnen Truppenmitglieder freiwillig sein müssen, ein Prinzip, das Bundesrat Samuel Schmid mit einer Gesetzesänderung nun teilweise abschaffen möchte (vgl baz von gestern).

**GEGEN EU-BEITRITT.** Im Blick auf die Europäische Union (EU) scheint die Bereitschaft zu einem Beitritt weiter zu schwinden. Die Zustimmung sank von 40 auf 32 Prozent, was das schwächste Ergebnis seit 1999 darstellt. Eine deutliche Mehrheit von 71 Prozent wollen auf dem bilateralen Weg weitergehen und dabei wirtschaftlich (70 Prozent) und politisch (50 Prozent) näher an die EU rücken.

## Die Armee wird zum «Breitband-Antibiotikum»

**MULTIFUNKTIONAL.** Die Zustimmung zur Armee ist mit 75 Prozent so hoch wie schon lange nicht mehr. Die Schweizer Armee werde allerdings zunehmend als «multifunktionales Sicherheitsinstrument» wahrgenommen, als Breitband-Antibiotikum gegen alle Gefährdungen, sagte Karl Haltiner, Leiter der Sicherheitsstudie 2006, gestern in Bern.

Die Funktion als reines Verteidigungsinstrument verliere weiter an Bedeutung. Ebenso wichtig seien mittlerweile die Katastrophenhilfe im Inland, Einsätze für den Umweltschutz oder Unterstützung der Grenzwahe. Zudem werde von der Armee erwartet, dass sie sich neben der Katastrophenhilfe im In- und Ausland auch in der Terrorbekämpfung engagiert. 43 Prozent halten den Beitrag zur Verhütung von Anschlägen für ausserordentlich hoch. 62 Prozent glauben zudem, dass diese Aufgabe an Bedeutung gewinnen wird.

Die Milizarmee wird einer Berufsarmee vorgezogen. 85 Prozent der Befragten sind aber dafür, dass die Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht für Männer umgewandelt wird. Bemerkenswert ist im weiteren, dass der Durchdienerdienst bei der Bevölkerung mit 75 Prozent auf breite Zustimmung stösst. kh

Bemerkenswert ist, dass ein wachsender Anteil der Bevölkerung auch eine militärische Annäherung befürwortet: Mittlerweile könnten sich knapp 40 Prozent ein Mitmachen beim Aufbau einer europäischen Armee vorstellen. 42 Prozent (5 Prozent mehr als 2005) plädieren sogar für eine Annäherung an die Nato-Militärallianz; 25 Prozent sprechen sich für einen Beitritt zur Nato aus.

**NEUTRALITÄT.** Das Prinzip der Neutralität, das durch die Libanonkrise wieder einmal zum Thema in der Öffentlichkeit wurde, sei in der Schweiz «sehr, sehr tief verwurzelt» und fester Teil schweizerischen Staatsgedankens, sagt Karl Haltiner. 90 Prozent stehen hinter der Neutralität. Knapp 60 Prozent sind überzeugt, dass die Schweiz durch ihre neutrale Haltung nicht in internationale Konflikte hineingezogen werde. Allerdings bedeutet diese Neutralität für die grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht etwa stillhalten und schweigen: Rund 90 Prozent glauben vielmehr, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten könne. 70 Prozent wünschen sich eine noch aktivere Rolle der Schweiz bei Konflikten.

## nachrichten

### Lenkungsabgabe soll das Klima retten

**BERN.** Der Ausstoss von Treibhausgasen in der Schweiz soll bis zum Jahr 2050 um 90 Prozent gesenkt werden. Dies fordert eine Allianz aus 51 Organisationen vom Bundesrat. Die «Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik» stellte ihren «Klima-Masterplan» gestern vor. Er beinhaltet eine umfassende Lenkungsabgabe auf alle Energien; dabei steht kurzfristig die CO<sub>2</sub>-Abgabe im Vordergrund. SDA

### Fluglärm-Index als Gegenvorschlag

**ZÜRICH.** Die Zürcher Regierung will mit einem Fluglärm-Index die vom Fluglärm Betroffenen ins Zentrum stellen und damit die Volksinitiative zur Plafonierung der Flugbewegungen in Zürich-Kloten bodigen. Es sollen nicht mehr als 47 000 Menschen durch Fluglärm stark belästigt werden. Der Vorschlag löste widersprüchliche Reaktionen aus. Für das Initianten ist der Richtwert inakzeptabel. AP

### Videoaufnahmen sollen später gelöscht werden

**BERN.** Um die Sicherheit im Bahn- und Flugverkehr zu gewährleisten, wollen die Schweiz und Deutschland enger zusammenarbeiten. Das sagte Bundesrat Christoph Blocher nach einem Ministertreffen der deutschsprachigen Länder in Vaduz. Als unbefriedigend stuft Blocher die heute geltende Aufbewahrungsfrist für Videoaufnahmen von 24 Stunden ein. Dies sei zu kurz. SDA



## Personalabbau

**CHUR.** Um den Betrieb rentabler zu machen, streicht die Rhätische Bahn (RhB) 145 von 1451 Vollzeitstellen. Der Personalabbau um zehn Prozent soll bis Ende 2008 vollzogen werden. Gerecht wird mit höchstens 40 Entlassungen. Aufgrund veränderter Marktbedingungen, Sparmassnahmen der öffentlichen Hand und der Kostenentwicklung würden sich sonst die Verluste ohne Gegenmassnahmen bis 2012 auf 101 Millionen Franken kumulieren. SDA

## Vorschläge gegen Hausarztmangel

Gesundheitsdirektoren reagieren

**CALL-CENTERS.** Die Gesundheitsdirektoren wollen den Hausarztmangel mit Notfall-Call-Centern und finanziell attraktiveren Praxisassistenzen bekämpfen.

Der drohende Hausarztmangel beschäftigt die kantonale Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK). Gestern besprach deshalb eine Expertengruppe mit Bundesrat Pascal Couchepin verschiedene Gegenmassnahmen. Ein prominenter Vorschlag betrifft die Praxisassistenzen, die heute von Hausarzt, Ärztereinigungen und dem Assistenzarzt finanziert werden. Letztere müssen auf ein Viertel des spitalüblichen Lohnes verzichten. «Das ist stossend und erfordert viel Idealismus», sagt Cornelia Oertle, stellvertretende GDK-Zentralsekretärin. Die Experten möchten deshalb, dass hierfür künftig auch die Kantone in die Tasche greifen. Weiter schlagen sie die Schaffung einer einheitlichen Notfallnummer vor. Hier würden die Anrufer beraten und an die richtige Stelle weiterverwiesen. In Basel, Bern und Zürich gibt es bereits solche medizinische Call-Center. Diese und weitere Massnahmen gehen nun zur Vernehmlassung an die Kantone. Entscheiden wollen die Gesundheitsdirektoren im Oktober. blb

## wortmeldungen

# Am besten in den Papierkorb damit

HELMUT HUBACHER



Die Einwohnerzahl des Kantons Basel-Stadt liegt unter 190 000. Ein paar Zehntausend Bewohner weniger als noch vor 50 Jahren. Damals sorgte der St. Galler Professor Kneschauer für Furore. Die Schweiz werde, so seine Studie, auf zehn Millionen Einwohner anwachsen. Für Basel-Stadt waren 350 000 vorgesehen. Heute sind es noch die Hälfte. Dafür hat Baselland zugelegt. Es könnte bald 100 000 Einwohner mehr zählen als Basel.

Basel-Stadt ist mit seinem Bevölkerungsrückgang nicht allein. Zürich, Bern, Genf und weiteren Städten ging es nicht anders. Die Leute zogen in die umliegenden Gemeinden. Dort war und ist noch Platz für das Einfamilienhaus. Zudem sind die Bodenpreise tiefer. An der Zürcher Bahnhofstrasse wurden für den Quadratmeter schon vor 30 Jahren 250 000 Franken bezahlt. Da hinkt Basel hintendrein.

Nun scheint sich der Trend zu kehren. Die Städte melden wieder Zuwanderungsgewinne. Nicht so Basel. Oder noch nicht. Das könnte mit dem Wohnungsmarkt zusammenhängen. Der nämlich hat Schlagseite. Das Wohnungsangebot entspricht zum Teil nicht mehr den Bedürfnissen. Auf die Kurzformel gebracht: Basel hat zu viele Klein- und zu wenig Familienwohnungen.

Die Statistik weist für Basel 104 000 Wohneinheiten aus. 72 Prozent davon sind Kleinwohnungen mit höchstens drei Zimmern. Im Matthäusquartier sogar 87 Prozent. Zudem ist der Wohnungsbestand überaltert. Fast zwei Drittel wurden vor 1960 gebaut. Fazit: Das Angebot an grösseren Wohnungen für Familien mit Kindern entspricht nicht der Nachfrage. In Baselland ist der Wohnungsmarkt ausgeglichener. 69 Prozent aller Wohnungen haben vier und mehr Zimmer. Zwei Drittel sind nicht wie in Basel vor, sondern nach 1960 bezogen worden. Noch eine Kennzahl: Der Anteil

der 1-Zimmer-Wohnungen beträgt in Baselland lediglich drei Prozent. In der Stadt 14 Prozent. In unserer Gesellschaft leben Einkommensschwächere, Mittelständler, Besergestellte. Damit Basel seine sozialen Dienste weiterhin finanzieren kann,

## Mit einer Mieterschutzinitiative soll der Wohnungsbestand konserviert werden.

braucht es genügend Bewohner, die «recht» Steuern bezahlen. Sonst fällt das Gesellschaftsgefüge auseinander. Das hat der Mieterverband Basel nicht begriffen. Mit einer Mieterschutzinitiative soll der Wohnungsbestand konserviert werden. Neues würde faktisch verunmöglicht. Im Jahr 2005 sind in Basel 14 Wohnungen abgerissen worden, um neue zu bauen. Im Schnitt werden jährlich

300 Wohnungen saniert. Es müssten 1000 sein, um für schweizerische Ansprüche attraktiv zu bleiben. Ausländer sind da bescheidener. Schon ab spätestens der dritten Generation kann auch nicht mehr.

Der Mieterverband erfand den verrücktesten Initiativtext, den ich je gelesen habe. Es sind 99 Paragraphen, Ziffern, Buchstaben. Eine Kostprobe, § 9, Ziff 3: «Überschreitet der Mietzins vor Renovation, Umgestaltung oder Teilabbruch die Höhe des den Bedürfnissen des überwiegenden Teils der Bevölkerung entsprechenden Mietzinses, so belässt ihn die Behörde auf derselben Höhe, soweit dies für die Wohneigentümer im Hinblick auf deren Verhältnisse zumutbar ist.» Ist noch etwas klar?

So muss es in der DDR gewesen sein. Sogar der SP-Vorstand lehnte die Initiative einstimmig ab. Was der Mieterverband anstrebt, ist eine museale Stadt. Das dürfen wir Basel nicht antun. Deshalb in den Papierkorb mit diesem bürokratischen Textmonstrum.